

**Antragsteller:** AG Migration und Vielfalt Breisgau:

## **Resolution zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion bei den Migrationsgesetzen.**

Die SPD ist die Partei der individuellen, unveräußerlichen Menschenrechte und der internationalen Solidarität. Diese Werte bilden den Kern der Werte der SPD.

Die Arbeitsgemeinschaften „Migration und Vielfalt“ auf Bundes- und Landesebene und im Breisgau (SPD Kreisverbänden Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen) haben unseren Grundwerten entsprechende Leitlinien erarbeitet, wie unsere Gesellschaft mit den Chancen und den Problemen der bestehenden weltweiten Migration umgehen kann. Dabei fließen die Erkenntnisse und Erfahrungen vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen ein.

Das vom CSU-Innenminister Seehofer erarbeitete Gesetzespaket zur Migration widerspricht in vielen Punkten den SPD-Grundwerten und den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaften, hier beispielhaft an drei zentralen Punkten dargestellt:

Die **Beschäftigungsduldung** ist für viele Geflüchtete keine Verbesserung, da alle Geflüchteten mit Aufenthaltsgestattung zunächst keine Chance haben, diese Duldung zu erhalten. Trotz Beschäftigung müssen diese Menschen bei Ablehnung ihres Asylantrages für 12 Monate ständig damit rechnen, abgeschoben zu werden, da sie die Voraussetzungen für eine Beschäftigungsduldung nicht erfüllen.

Der von der SPD geforderte lösungsorientierte „Spurwechsel“ wird aufgegeben.

Das „**Geordnete Rückkehrgesetz**“ widerspricht den Vorgaben der Menschenrechtskommissarin des Europarates und ist teilweise verfassungs- und europarechtswidrig. Dies betrifft vor allem die Unterbringung in Gefängnissen. Mit diesem Gesetz wird eine feindliche Haltung gegenüber Geflüchteten ausgedrückt, Geflüchtete werden als Gesamtgruppe kriminalisiert. Das Ziel ist es, diese so schnell wie möglich abzuschicken, statt die Integration zu fördern.

Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung, die eine Beschäftigungsduldung beantragen, sind beispielsweise gezwungen, Ausweispapiere zu beschaffen, die wiederum in der Regel die Voraussetzung dafür sind, dass eine Abschiebung durchgeführt werden kann. Sie sind deshalb trotz Integration in den Arbeitsmarkt 12 Monate lang von Abschiebung bedroht. Das Helfernetzwerk Gambia führt eine umfangreiche „Abschiebestatistik“, die deutlich zeigt, dass schon derzeit Flüchtlinge, die entsprechenden Aufforderungen nachkommen, gezielt abgeschoben werden. Dies wird mit dem „Geordneten Rückkehrgesetz“ verstärkt.

„**Fachkräfteeinwanderungsgesetz**“: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die AG Migration und Vielfalt Breisgau begrüßt deshalb grundsätzlich die Einführung eines Einwanderungsgesetzes.

Das verabschiedete „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ aus dem Hause Seehofer ist aber nicht

zielführend, da die Hürden für eine legale Einwanderung zu hoch sind. Das Ziel, Menschen einen legalen Zugang in unsere Gesellschaft ohne den Umweg über ein Asylverfahren zu eröffnen wird kaum erreicht.

Dies sind nur drei Beispiele, die zeigen, dass das Gesetespaket den Leitlinien der AG Migration und Vielfalt und an einigen Punkten den Grundwerten der SPD widerspricht und deshalb von der SPD-Bundestagsfraktion abzulehnen gewesen wäre.

Leider mussten wir feststellen, dass unsere Anregungen und Einwände von der Bundestagsfraktion nicht aufgenommen wurden. Im Gegenteil: die CSU hat sich in dieser Frage weitgehend durchgesetzt.

Insgesamt bleibt bei vielen Genoss\*innen und Wähler\*innen hängen, dass die SPD erneut einer Verschärfung der Asylgesetze zugestimmt hat.

Die Zustimmung der meisten SPD-Bundestagsabgeordneten zum Gesetespaket beschädigt die Glaubwürdigkeit der SPD in Fragen der Menschenrechte und der internationalen Solidarität.

**Die AG Migration und Vielfalt Breisgau verurteilt das Abstimmungsverhalten vieler SPD Bundestagsabgeordneten auf das Schärfste. Keine Koalition ist es wert, dass SPD-Abgeordnete gegen unsere Grundwerte verstoßen!**

AG Migration und Vielfalt Breisgau  
Bernd Engesser, Ana Agatiev, Ismael Hares